

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 2/21

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheimer Etat in Zeiten von lockdown, Impfchaos u.v.m.

Das Herunterfahren von Leben und Wirtschaft zur Pandemiebekämpfung dauert fort und eine "Normalisierung" ist nicht in Sicht. Läßt man alle politischen Gesichtspunkte wie die anstehende Serie von Landtagswahlen und vor allem die Bundestagsneuwahl im September ganz außen vor, so wirken die Regierenden in Brüssel, Berlin und den Landeshauptstädten wie Getriebene, die nur noch auf neueste Meldungen von der Virenfront mit immer neuen Maßnahmen glauben agieren zu müssen. Und selbst die vollmundig versprochene Hoffnung auf die Impfungen ist vorerst in einem dilettantischen Chaos versandet.

Unter diesen alles beherrschenden Rahmenbedingungen muss der Mülheimer Stadtrat am 19. Februar einen Etat für 2021 beschließen, der insgesamt nur so zukunftsweisend sein kann wie die Gewissheit, dass Schalke in der Bundesliga bleibt oder der BVB deutscher Meister wird. "Natürlich" bietet das neue schwarz-grüne Bündnis in Mülheim außer Platitüden und Ungewissheiten wenig, was auch nur andeuten könnte, wohin genau der Zug fahren sollte. Von Kämmerer Mendack und seiner SPD erwartet das ohnehin niemand. Da kommt es wie gerufen, sich z.B. über Art und Größe von Sitzungen, die Länge von Etatreden oder die Benennung von beratenden sachkundigen Einwohnern in Ausschüssen zu streiten. Mehr auf den Seite 2+3.

Dabei gehört die kommunale Demokratie neben dem ÖPNV und der heraufziehenden Bildungskatastrophe zu den großen Verlierern durch die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen. Es wird schwierig, diese lebenswichtigen Bereiche zumindest wieder auf den vorherigen, bereits fehlerhaften Stand zurück zu befördern.

Wichtig wäre die Neubestimmung der Hauptschwerpunkte für die schwierige Zeit nach Corona. Unabhängig von sicherlich notwendigen Maßnahmen im Bildungsbereich (VHS-Wiederertüchtigung, 4. Gesamtschule usw.) wird das bankrotte Mülheim nur noch mit strukturellen Maßnahmen auf Dauer überleben können. Dafür im folgenden

MBI-Vorschläge zur mittelfristigen Wiedergewinnung der Handlungsfreiheit:

- 1.) Ein Programm aufzustellen, um sukzessive die (teil-)privatisierten Betriebe der Ver- und Entsorgung wieder in möglichst rein städtischer oder zumindest größerer städtischer oder auch in gemeinsamer Regie mit Nachbarstädten zu betreiben: RWW, MEG, medl, SEM, Stromkonzession. Der Zeitpunkt für eine große Offensive der Rekommunalisierung war nie günstiger wegen der praktisch 0 % Zinsen für Kredite. Und die Überschüsse all dieser Betriebe würden nach und nach die städtischen Einnahmen stabilisieren und vergrößern.
- 2.) Nach M&B auch schrittweise Auflösung aller anderen städtischen Ausgliederungen wie MST, jsg, MSD, Ruhrbania GmbH usw. und Rückführung wieder in den Kernhaushalt bzw. in gemeinsame Bereiche mit Nachbarstädten, um alle Schattenhaushalte der BHM wieder der Kämmerei und dem Rat der Stadt zuzuordnen!
- 3.) Ähnliches gilt für die unzähligen PPP-Projekte, die nach und nach wieder in städtische Hände zurücküberführt werden müssen, angefangen mit dem Rathaus, was alleine jährlich ca. 1 Mio. Ausgaben sparen könnte.
- 4.) Unverzüglich die Stadtpolitik konsequent in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West umzuorientieren, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen, u.a. alsbaldiger gemeinsamer ÖPNV

Auf den folgenden Seiten:

- Provinzposen in Serie in Mülheim? S. 2
- Kommunale Demokratie in Mülheim im Schlafmodus? S. 3
- Kommt Mr. Wash auf das ex-Fallwerksgelände Weseler Str.? S. 4
- Ärger um geplantes Logistikzentrum auf der Kohleninsel im DU-Hafen für China-Güterzüge S.4

Einlegeblatt: Vorderseite: Coronafolgen oder auch: „Zeiten des großen Umbruchs“

Rückseite: "Corona und das Politikversagen, über das kaum gesprochen wird"

Provinzposen in Serie in Mülheim?

Etliche Vorgänge in der ge“lockdownden“ Stadt Mülheim haben Possencharakter, auch weil Vieles ungeachtet der Öffentlichkeit vor sich geht. Im folgenden nur einige der neuesten Beispiele:

Ein Bürger stellte kurz vor Weihnachten einen Antrag auf Schmutzwassergebührenermäßigung an das zuständige Umweltamt. Das wurde von der Stadt Mülheim mit Schreiben vom 4.1. abgelehnt. Begründung: Der Zählerstand sei nicht zum Stichtag 31.12.2020 abgelesen worden. Der Antrag war auf den 20.12.2020 datiert, wohlwissend, dass bis zum 31.12.2020 kein Gartenwasser verbraucht wird. Es scheint wohl so, dass die Stadt der Meinung ist, dass Bürger zum Ablesen des Zählerstandes an Silvester zuhause sind.

Es ist gleichgültig, ob die Bediensteten der Stadt Mülheim schlichtweg auf der Arbeit zu viel Zeit haben **oder ob es nur eine Provinzposse ist genau wie z.B. auch die Kennzeichnung der Maskenpflicht.** Die Maskenpflicht gilt seit irgendwann in oder nach den Herbstferien 2020. In der Innenstadt und in den Stadtteilzentren liefen dann auch immer mal Ordnungsamtsmitarbeiter herum, um darauf hinzuweisen. Entsprechende Schilder wurden aber erst in oder nach der ersten Januarwoche aufgehängt – oft in einer



Höhe, die für Giraffen perfekt, für normal große Menschen aber ein bisschen schwierig ist. Vorher gab es natürlich in der Zeitung einen Artikel mit der Liste der Straßen, für die die Maskenpflicht gilt, sogar sehr detailfreudig mit Nennung entsprechender Hausnummern. Für Leute von außerhalb war das schwierig, denn woher sollten sie diese Information bekommen. Andererseits, wer kommt denn schon von außerhalb nach Mülheim?!

Zwei Beispiel aus dem nach den Kommunalwahlen noch etwas dysfunktionalen Politikbetrieb:

Seit mind. 15 Jahren gab es sog. sachverständige Einwohner für den Denkmalschutz als beratende Mitglieder **im Planungsausschuss**. Diese wurden immer bei der konstituierenden Sitzung des Rates mit gewählt. Nur dieses Mal nicht. Auf die MBI-Nachfrage im Rat am 4.11. behauptete die Verwaltung, sie habe das weggelassen, weil es dafür keine Rechtsgrundlage gäbe und das sei erst jetzt aufgefallen. Man werde eine Änderung der Hauptsatzung veranlassen, was in der Ratssitzung am 17.12. dann geschah.

Als nun die Tagesordnung des Planungsausschusses am 26.1. kam, fehlte der Punkt. Als die MBI das anmahnten, passierte nichts. Auf der Sondersitzung des Ältestenrates am 20.1. zum Thema, wie Rat und Ausschüsse wegen Corona verkleinert und verkürzt werden könnten, sprachen die MBI deshalb die Frage der o.g. beratenden Mitglieder im Planungsausschuss an. Nach etwas Durcheinander einigte man sich darauf, dass die Verwaltung unverzüglich die Fraktionen auffordern solle, sachkundige Einwohner zu benennen, damit diese im Ausschuss gewählt und vereidigt werden könnten. Weil bis Freitag nachmittag wieder nichts passiert war, benannten sowohl SPD wie MBI dann noch am Freitag je einen Vertreter.

Am Montag, dem Tag vor der Sitzung, kam die Aufforderung an die Fraktionen, Menschen zu benennen. Auf der Anwesenheitsliste für den Ausschuss Tags darauf waren dann für CDU, Grüne, Die Partei, SPD und FDP bereits Namen aufgeführt und einige davon unterschrieben auch auf der Liste. MBI fehlte und bei SPD war jemand anderes angegeben als freitags benannt. Und dann wurde es kurios: Angeblich war diese Liste ein Fehler, war die Antwort auf die MBI-Nachfrage. Der Planungsamtsleiter sagte, man habe vorgehabt, erst für die nächste Sitzung eine Vorlage zu machen und überhaupt sei wegen der coronabedingten verkürzten TO der Denkmalschutz heute kein Thema. Als dann dennoch die Fraktionen ihre Leute benennen sollten, konnten Grüne, CDU und AfD das noch nicht und versprachen, es nachzuholen. (Erstaunlich nur dass für Grüne und CDU bereits 2 Vertreterinnen in der Anwesenheitsliste aufgeführt waren und als Teilnehmerinnen auch schon als solche unterschrieben hatten)

Die MBI wiederholten ihre Benennung vom Freitag, Herrn Berg. Wegen der ungeklärten Lage hatten wir ihn gebeten zu erscheinen. Er wurde dann zu Beginn der nichtöffentlichen Sitzung auch vereidigt.

Auch im Umweltausschuss Ähnliches

CDU und Grüne wollte dort sachkundige Einwohner mit beratender Stimme neu installieren: Neben dem Mülheimer Alpenverein und dem Nabu sollte die Kreisjägerschaft und der Landwirtschaftsverband vertreten sein. Manchem ist dabei nicht nur zu viel Lobbyismus im Spiel.

Sicherlich könnte der oder die eine oder andere von weiteren Provinzposen im Umgang mit „der Stadt“ insbesondere in diesen Zeiten berichten, denn im Windschatten der dauernd sich ändernden Corona-Bestimmungen passiert so Manches, was man vorher kaum für möglich hielt.

Kommunale Demokratie in Mülheim im Schlafmodus?

Auf einer Sondersitzung des Ältestenrats Mitte Januar verkündete der OB, 42 der 54 Mülheimer Stadtverordneten – und damit mehr als die nötigen 2/3 – habe sich bereits jede/r persönlich einverstanden erklärt, die Ratssitzung am 19. Februar und damit die Etatverabschiedung dem Hauptausschuss zu übertragen. Weiter erläuterte die Verwaltung, wie bis mindestens Ende Feb. alle weiteren Gremien stattzufinden hätten: Alle Anträge/Anfragen der Fraktionen außer zur gesetzlich vorgeschriebenen Etatberatung werden von der Tagesordnung genommen, Fragestunde wird schriftlich beantwortet, aber nur wenn vorher schriftlich eingereicht. Berichte der Verwaltung werden vertagt, außer wenn sie „zeitkritisch“ sind.

Die MBI hatten vorgeschlagen, wenn schon in kleinerer „Notbesetzung“, dann dies mit einer Drittelung plus der Fraktionslosen zu tun. Kein einziger der anderen Ratsmitglieder, obwohl alle angeschrieben waren, hat 2 Wochen lang auf die MBI-Vorschläge reagiert, niemand wollte begründen, warum ein HA besser sei, so wie OB und Verwaltung es wollten. Kurz vor Schluss stimmten dann wenigstens „die Partei“ und 2 der 3 Solisten im Rat dem MBI-Vorschlag zu. Dass ohnehin keine Diskussion darüber möglich war, ob der Riesensaal in der Stadthalle nicht doch risikolos eine Ratssitzung in voller Stärke ermöglichen könnte, war klar, nachdem WAZ und Mülheimer Woche im Dezember heftig dagegen gewettert hatten, dass der Rat trotz lockdown fast vollständig getagt hatte. Bei all den vorgegebenen Hygienemaßnahmen war übrigens logischerweise „natürlich“ keine/r infiziert worden, doch solche Gesichtspunkte interessieren z.Zt. nicht, auch nicht für Stadträte.

Der für Finanzen und Immobilien zuständige Ausschuss am 18. Jan. war dann z.B. auch nach 20 Minuten vorbei, obwohl von zentraler Bedeutung, nicht nur wegen der VHS-Zukunft. Alle fügten sich brav. Natürlich könnte man auch fragen, wieso die Ansteckungsgefahr mit Corona bei einer Ausschusssitzung von 1 oder 2 Stunden erhöhter wäre, wo doch alle Ausschüsse oder BV's nur mit Maske und großem Abstand und nur im Ratssaal tagen, doch solche Fragen s.o.

Die kommunale Demokratie in Mülheim hat sich also mit Verweis auf Corona selbst entmündigt und freiwillig bevormunden lassen. Was uns als MBI am meisten erschreckt, ist dabei nicht, dass Sitzungen gestrichen, kastriert, verkleinert o.ä. werden, sondern dass eine öffentliche Diskussion darüber nicht möglich ist.

Die Corona-Verordnung des Landes zu Sitzungen von Räten und politischen Gremien ist nämlich völlig schwammig und das aus guten Gründen: Es wäre grob verfassungswidrig, jede Art von Parlament vollständig zu entmündigen mit Verweis auf die Infektionslage. Also gibt die Landesregierung nur Empfehlungen, keine eindeutigen Anweisungen. Man geht davon aus, dass untergeordnete Stellen dem widerspruchlos dann folgen und die vom Volk gewählten Vertreter sich freiwillig in eine Art Schlafmodus begeben.



Beispiel: Rat, Bezirksvertretungen und Ausschüsse der kommunalen Demokratie z.B. in Mülheim

Noch sind diese nach den Wahlen von Sept. nicht wirklich tätig geworden, haben in einer ersten Runde in Nov./Dez. außer Selbstorganisation mit ganz wenigen Ausnahmen nur pflichtgemäß ein paar gesetzlich vorgeschriebene Vorgaben der Verwaltung zumeist diskussionslos abgenickt und waren ansonsten mit den Corona-Auflagen und -verordnungen beschäftigt. Im Gegensatz dazu arbeiten OB und Verwaltung mit Volldampf. Die kommunale Exekutive stellt ununterbrochen Leute ein, vergibt Aufträge, erteilt Baugenehmigungen, verkündet Corona-Einschränkungen, sorgt für dauernde Kontrollen und Strafen für angebliche Corona-„Sünder“ uswuf.

Der Kämmerer brachte am 17. Dez. um Monate verspätet den Etat 2021 ein. Laut Zugeständnis des Landes muss der aber bis Ende Februar beschlossen werden. Das darf nur der Rat und auch nur mit physischer Abstimmung bei einem Rest von Öffentlichkeit wegen der Gewissensfreiheit der gewählten Volksvertreter. Alle Ausschüsse und BV's müssen vorberaten und Empfehlungen bzw. Änderungsvorschläge zum Etat beschließen oder dies auf den Rat übertragen.

Der Etat ist das mit Abstand Wichtigste, was die kommunal gewählten Volksvertreter zu tun haben. Der HA, der nicht die Mehrheitsverhältnisse des gewählten Rats widerspiegelt, wird wohl den Etat des Kämmerers mit dünner schwarz-grüner Mehrheit beschließen und Mülheim hat ein weiteres Jahr verloren, in dem wichtige Weichen anders hätten gestellt werden können.

Mit lebendiger Demokratie hat das alles wenig zu tun und es ist zu befürchten, dass sich nach Ende der Pandemie, wann auch immer, eine Wiederbelebung der kommunalen Demokratie sehr schwierig gestalten werden wird.

Kommt Mr. Wash auf das ex-Fallwerksgelände Weseler Str.?

Im Planungsausschuss Anfang Dezember hatte der MBI-Vertreter nachgefragt, was genau auf dem ex-Fallwerksgelände Weseler Str. beantragt und geplant sei, da dort intensive Erdarbeiten stattfänden. In einer schriftlichen MBI-Anfrage im Umweltausschuss kurz zuvor hatte der Dezernent recht widerwillig nur angegeben, es seien verseuchte Böden festgestellt worden wie vorher vermutet. Und wer wissen wolle, was dort geplant sei, möge doch den Eigentümer fragen. Auch im Planungsausschuss wollte er zuerst mehr nicht preisgeben. Auf Nachbohren des MBI-Vertreters gab er dann widerwillig bekannt, es sei eine große Wagenwaschanlage beantragt. Was genau mit dem kontaminierten Boden passiert, konnte auch nicht geklärt werden, weder im Umwelt-, noch im Planungsausschuss.

Man kann vermuten, dass es größere Querelen gegeben hatte um die Zukunft des zwar verseuchten, aber mit seinen 33.000qm höchst attraktiven Geländes an der Nahtstelle zwischen Gewerbegebiet Hafen und den Stadtteilen Broich und Speldorf. Die WAZ fragte dann weiter nach und brachte nun gegen Ende Januar folgenden Artikel dazu, s.u..

Zur Erinnerung: Die MBI hatten Anfang 2018 beantragt, anstelle der vorgesehenen Aufhebung der Veränderungssperre endlich das B-Plan-Verfahren für ein geordnetes städtebauliches Verfahren zu beginnen. Der MBI-Antrag wurde abgelehnt und so dümpelte alles weiter vor sich hin, WAZ 20.1.21: *"Jost-Areal in Mülheims Hafen: Erste Ansiedlungen bekannt"*



Die Jost-Brache an der Weseler Straße in Mülheim Anfang 2020 aus der Luft. Man sieht in der Bildmitte, dass sie direkt angrenzt an Gärten der Wohnbebauung an der Hofackerstraße.

Lange lag das Jahrzehnte umkämpfte Areal der Schrottverwertung Jost in Mülheims Hafen brach. Jetzt sind erste Pläne für Neuansiedlungen bekannt.

Neuansiedlungen bekannt.

Dagmar Mühlenfeld war noch Mülheims Oberbürgermeisterin, als 2014 nach jahrzehntelangem Kampf von Anwohnerinitiative und MBI die Schrottverwertung der Paul Jost GmbH ihren Betrieb an der Weseler Straße nach einem Grundstücks-Deal sukzessive einstellte. Jetzt, nach fast sieben Jahren, bereiten Bagger den Grund für Neuansiedlungen vor."

Ärger um Logistikzentrum auf der Kohleninsel im DU-Hafen

Ein sog. neue trimodales Gateway Terminal soll in Ruhrort für 100 Mio. EURO auf der Kohleninsel entstehen. **Es regt sich aktuell erneut Widerstand, u.a. von der Initiative "Saubere Luft" aus Rheinhafen.** Die Initiative verweist in ihrer Kritik auf drei wesentliche Punkte. Erstens befürchtet sie wesentlich mehr innerstädtischen LKW-Verkehr (Staus, Strassenschäden)



und damit verbunden zweitens auch mehr Emissionen (Lärm, Staub, Abgase). Drittens glaubt sie nicht an das immer wieder bei derartigen Neubauvorhaben vorgebrachte Argument der Etablierung von entsprechend vielen nachhaltigen Arbeitsplätzen.

Wöchentlich sollen künftig 100 Züge aus China dort eintreffen, die rund 60.000 Container anliefern. Sogar die Betreiberfirma Duisburg Gateway Terminal GmbH geht dann von 4% mehr LKW-Verkehr in Duisburg aus, denn für die letzte Meile von der Kohleninsel ins Umland werden LKW gebraucht, plus alle Anlieferungen auf die Kohleninsel.

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** 

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Coronafolgen oder auch die „Zeiten des großen Umbruchs“

Diese Erfolgsmeldung neulich erstaunte auf den ersten Blick: Die deutschen Einzelhändler haben ihren Umsatz 2020 so kräftig gesteigert wie noch nie. Sie nahmen voraussichtlich 5,3 Prozent mehr ein als im Vorjahr – trotz Corona und Lockdown. Doch der zweite Blick offenbart ein differenziertes Bild: Für das Gesamtplus sorgen Online- und Versandhandel, das Geschäft mit Mode, Schuhen und Lederwaren brach von Januar bis November im Vorjahresvergleich um ein Fünftel ein.

Ähnlich „differenziert“ ist die Entwicklung in fast allen Wirtschaftsbereichen.

Die bereits vorher begonnenen Entwicklungen haben durch die weltweit durchgeführten lockdown-Maßnahmen einen Riesenschub bekommen. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- ◆ Weg vom Bargeld und hin zu online-banking,
- ◆ Digital- und Kryptowährungen gewinnen an Bedeutung, vor allem Bitcoin
- ◆ Mehr Home-office und weniger Büropräsenz, Abbau fester Büro-Arbeitsplätze
- ◆ Weniger face-to-face Tagungen, Konferenzen usw.
- ◆ Mehr digitale Schule und Unibetrieb, weniger Präsenzunterricht
- ◆ Mehr Essen und Einkauf per Lieferservice
- ◆ Zunahme von E-Autos, verstärkter Ausbau der Rad-Infrastruktur, Marginalisierung des ÖPNV
- ◆ Arzt- und Behördentermine per Voranmeldung und teilweise ganz online
- ◆ Deutlich abnehmende Zahl der Printausgaben von Zeitungen, Zeitschriften, dafür mehr online-Ausgaben
- ◆ Messen, Konzerte, Theateraufführungen, Museen, auch mancher Sport online. Uswuf.....

Der Umbruch ist nahezu allumfassend. Der Modernisierungsschub ist bereits riesig in Richtung Digitalisierung aller Lebensbereiche, auch die KI (künstliche Intelligenz) macht gewaltige Fortschritte und wird bald in größerem Maße neue Anwendungsbereiche suchen, nicht zuletzt im Pflegebereich. Ein zweiter Bereich hat die Verringerung des Individualverkehrs und des Fleischkonsums im Visier.

Die gigantische Transformation von Leben, Wirtschaft und Finanzströmen wird vornehmlich finanziert durch eine Hyperverschuldung vieler Nationalstaaten, hauptsächlich in USA und Europa. Vorangetrieben wird der große Umbruch durch eine Serie von Verordnungen durch die Exekutive aller staatlichen Ebenen. Parlamente können nur nachträglich absegnen, soweit dies aus formalen Gründen vorgeschrieben ist. Die Bürger werden ohnehin nicht beteiligt und wenn welche wie z.B. bei der Maskenpflicht den Anordnungen nicht gehorchen, wird staatliche Gewalt eingesetzt.

Egal, ob man den brachialen Umbruch richtig findet oder nicht, mitmachen will oder nicht, es werden kaum noch Nischen übrig gelassen, so dass alle fast ausnahmslos betroffen und in unterschiedlicher Art und Weise beteiligt sind.

Dadurch werden notgedrungen ganze Bevölkerungs- und Wirtschaftsteile die großen Verlierer sein, was für eine Zeitlang in Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland durch aufgeblähte Sozialsysteme und Rettungsschirme abgefedert wird. Wie lange das gutgeht, ist unklar.

Ob die immensen psychologischen Schäden in größeren Teilen der Gesellschaft überhaupt wieder ohne empfindliche Brüche aufgefangen werden können, ist eine weitere Ungewissheit.

Eines ist aber bereits deutlich: **Ein Zurück zur sog. „Normalität“ wird es nicht mehr geben können und dürfen, so sehr es auch immer wieder in Aussicht gestellt bzw. von Vielen erhofft wird.**

Es ist inzwischen auch ziemlich egal, ob mit Hilfe der Pandemiemaßnahmen nun gesteuert der sog. „Reset“ der gesamten Weltwirtschaft und Lebensweise umgesetzt wurde und wird, oder ob der große Transformationsprozess sich während der Coronakrise ergab. **Die Profiteure, oder besser „Krisengewinnler“, stehen großenteils schon fest, viele Verlierer übrigens auch. Allerdings steht für die meisten das große Erwachen noch bevor.**

Corona und das Politikversagen, über das kaum gesprochen wird

„Wenn man sich die Presse zu Corona anschaut, kann man verzweifeln“

*Es vergeht kaum ein Tag im Corona-knockdown, an dem in den Nachrichten nicht von Inzidenzwerten gesprochen wird. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den bundesweiten Inzidenzwert auf unter 50 zu drücken, der omnipräsente SPD-Politiker Lauterbach fordert einen unbefristeten Lockdown, bis die Inzidenz auf 25 gesunken ist, und eine Gruppe rund um die Wissenschaftler Drost, Brinkmann und Priesemann hat gar einen Inzidenzwert von 7 zum Ziel der Maßnahmen ausgerufen; Zahlen, die im Winter vollkommen realitätsfern wirken, wie ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt, die trotz teils rigider Lockdown-Maßnahmen noch nicht einmal in die Nähe solcher Werte kommen. So waren ganze 89% der in Deutschland an oder mit Covid-19 Verstorbenen älter als 70 Jahre. Der Altersmedian aller Todesfälle beträgt zur Zeit 84 Jahre. Bei den über 80-Jährigen verläuft laut Statistik jede zehnte Infektion (nicht Krankheit!) tödlich. Für diese Gruppe ist Covid-19 eine extrem gefährliche Krankheit. Das individuelle Risiko, bei einer Infektion an Covid-19 zu sterben, ist für über 80-Jährige rund 10.000 Mal so groß wie bei unter 60-Jährigen. Wenn die Lockdown-Maßnahmen schwere Erkrankungen verhindern und Leben retten sollen, müssten sie also vor allem bei den Gruppen erfolgreich sein, die ein derart hohes individuelles Risiko aufweisen. Genau dies ist jedoch nicht der Fall. Schaut man sich die Zahlen des RKI an, muss man sogar das genaue Gegenteil feststellen. Forderungen nach einem wirkungsvollen Schutz der Risikogruppen spielen nämlich auch heute – nach über 11.000 Todesfällen in den Alten- und Pflegeheimen – bestenfalls eine Nebenrolle. Lieber regt man sich über rodelnde Kinder statt über sterbende Altenheimbewohner auf. Die meisten Medien verfolgen nach wie vor die Vorstellung, man könne die Alten am besten dadurch schützen, dass man die Kontakte der Jüngeren minimiert. Und die Politik nickt brav und setzt eine sinnlose Maßnahme nach der anderen um. Das kann nicht funktionieren und die aktuellen Sterbezahlen sind eine direkte Folge dieses falschen Ansatzes. Wer daraufhinweist, wird sogleich als „Corona-Leugner“ oder „Corona-Verharmloser“ verunglimpft. Das ist paradox. **Sind nicht eher diejenigen, die die vulnerablen Gruppen vergessen, für die Corona oft tödlich ist, die eigentlichen „Verharmloser“?** aus Nachdenkseiten vom 13.1.21: „**Corona und das Politikversagen, über das kaum wer spricht**“*

Hier noch eine mail eines Mülheimer Mitbürgers an die MBI zum Thema vom 14.01.2021

„Warum dürfen eigentlich die Mitglieder eines Hausstands nur 1 Nichthaushalts-Person empfangen? Ist das ein Anbieten an die Singles? Oder sollen hierdurch alleinerziehende Frauen und Männer geadelt werden?! Ich jedenfalls kann mir keinen Reim darauf machen. Besuche werden nämlich normalerweise von Ehepaaren gemeinsam bei Freunden durchgeführt. Das will man also unterbinden. Etwa weil der Haushalt 2 Erwachsene, 5 Kinder und Opa und Oma umfasst, und die ja alle infiziert sein können?? Aber warum nur 1 zusätzliche Person? Wenn einer der beiden Ehepartner infiziert ist und Symptome zeigt, wird doch kein Besuch gemacht. Warum darf ich meine bevorzugte Gaststätte nicht weiter beehren und ihr zum Umsatz verhelfen, obwohl sie alles getan hat, um die Gäste zu schützen: Luftumwälzer mit Virenabtötung, große Abstände zw. den Tischen, die Theke für Gäste gesperrt?! Hier fallen sich die Gäste nach 10 Bierchen nicht um den Hals, wie in einer engen Kneipe! Aber Essen darf ich auch unter der Gefahr einer infizierten Bedienung dort abholen!!!“

Fragen über Fragen über Fragen über

Und meinen Buchladen darf ich auch nicht betreten, da drin sind selten mehr als 3 Personen gleichzeitig. Dafür aber darf ich mit vielen anderen nach Zahnpasta und anderen ach so lebenswichtigen Sachen bei Rossmann herumwuseln in relativ engen Gängen. Und warum sind die Opern- und Konzerthäuser geschlossen?? Dort gab es mit der drastisch reduzierten Sitzzahl kaum ein Infektionsrisiko!

Fragen über Fragen eines mitdenkenden Bürgers: **Dafür gibt es aber viel politische Poesie.....**

Nach dem ersten Lockdown: *„Deutschland ist am besten durch die Pandemie gekommen“*, so lobhudelten sie sich selbst! Danach lehnten sie sich entspannt zurück. *„Kein Land, keine Partei, keine Regierung kann allein dieses Virus besiegen, es geht nur gemeinsam.“* Ach nee, wie neu..... Und: *„Schritt für Schritt kommen wir dahin, dass wir unser Leben nicht mehr von der Pandemie kontrollieren lassen,“* Wahrlich, wie klein die Schrittchen auch sind, z.B. der spa(h)nweise tröpfelnde Impfstoff.

Warum ködern Politiker ihre Bürger zuerst mit der unbändigen Hoffnung auf den Impfstoff, der bald da sein soll, dann aber auf die Genehmigung warten musste; warum reden sie von kurzen Durchimpfungszeiträumen, die unseriös sind; warum reden sie von Impfpflicht, die gar nicht zur Debatte steht, wenn Mitte Januar erst 1% der Alten geimpft ist? Und schon gibt es Politiker-Unken, die von Ausdehnung des Lockdowns und sogar vom "vollständigen Runterfahren" schwafeln. **Wem soll ich da VERTRAUEN schenken!"**